

**Tagung „75 Jahre nach Auschwitz –  
Potentiale historisch-politischer Bildung an  
Gedenkstätten und Erinnerungsorten“ am  
24. Januar 2020, Haus Villigst**

**Statement der  
Antisemitismusbeauftragten Sabine  
Leutheusser-Schnarrenberger  
„Antisemitismusprävention als  
gesamtgesellschaftliche Aufgabe und die  
besondere Bedeutung historisch-politischer  
Bildungsarbeit“**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn möchte ich mich für die Einladung zur Tagung „75 Jahre nach Auschwitz – Potentiale historisch-politischer Bildung an Gedenkstätten und Erinnerungsorten“ bedanken. Sie stellen bewusst und sensibel den engen Bezug von historisch-politischer Bildung und Antisemitismusprävention heraus. Welche Bildungsinhalte eine gute präventive Gegenstrategie zu Antisemitismus sein können, beschäftigt die, die sich mit Gedenk- und Erinnerungskultur befassen. Das wird an vielen Mahn- und Gedenkstätten sichtbar.

Das Haus Villigst ist ein sehr guter Tagungsort. Die langjährige Tätigkeit von Klaus Holz hier im Haus Villigst und das Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus haben schon früh auf die Notwendigkeit von Bildungsformaten hingewiesen, die eine Reflexion und einen Diskurs über Antisemitismus in seinen historischen wie gegenwärtigen Formen ermöglichen.

Deshalb bin ich heute sehr gerne hier, um historisch-politische Bildung als bedeutenden Aspekt im Einsatz gegen Antisemitismus zu würdigen.

Ich möchte den ersten Teil des Vortragstitels hervorheben: Antisemitismus und der Einsatz gegen Antisemitismus ist die

Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Es genügt eben nicht, wenn einzelne Spezialisten sehr großes, imponierendes Fachwissen haben, während sich weite Teile der Bevölkerung nicht für diese Erkenntnisse interessieren. Antisemitismus geht uns als gesamte Gesellschaft an. Er stellt eine Herausforderung an uns alle dar und nicht nur an bestimmte, zu identifizierende Gruppen. Solche Entlastungsstrategien sind leider verbreitet, weil sie vermeintlich die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit ersparen.

Wir benötigen diese von manchen vielleicht als anstrengend empfundene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, mit dem Umgang der nationalsozialistischen Rassenideologie, mit dem Holocaust und mit den Ursachen und Begründungen von Antisemitismus und den Antworten.

Unserer Demokratie tut diese Anstrengung gut, weil sie ein Korrektiv für Fehlentwicklungen sein kann. Zur Demokratie gehören die Kontroverse und das Ringen um die Lösungen und Konzepte. Doch ist das zugleich die größte Herausforderung. Diese Beschwerlichkeit ist für viele genau der Haken an der Sache. Demokratie ringt uns viel ab, setzt uns in einen notwendigen Diskurs, mag anstrengend sein, bisweilen sogar bis zu beinahe physischer Pein, wenn ich an manche Aussage aus der jüngeren Vergangenheit denke. „Der Vogelschiss“, des Herrn Gauland zur Einordnung des NS – Unrechtsregimes hat

das präsenste Denken einer Partei, der stärksten Oppositionspartei im Bundestag, unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.

Ein autoritäres Regime funktioniert da einfacher als die auf Vernunft und Mündigkeit der Bürger angewiesene Demokratie. Der autoritäre Regierungschef will keine unterschiedlichen Stimmen aus der Gesellschaft hören, sie sind lästig und Feinde des unterdrückenden Staates. Eine Diktatur kommt mit wenigen Schreihälsen aus, eine Demokratie braucht viele Diskutierende. Es sind zwei Lebensweisen und Vorstellungen gesellschaftlichen Zusammenlebens, die da aufeinanderprallen.

Zur Demokratie gehören Partizipation und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Verhandlungsprozesse sind langwieriger und fordernder. Gegenseitiger Respekt und gegenseitige Anerkennung sollen das gesellschaftliche Klima prägen. Autoritäre Demagogen machen es sich da leichter. Ausgrenzung, Polarisierung, Hass auf andere gesellschaftliche Gruppen bis hin zu Gewaltdrohungen sind dazu das genaue Gegenteil.

Wertewandel, Anspruchsvorstellungen, Komplexität, Multilateralismus und disruptive technologische Entwicklungen verunsichern. Das steigert die Empfänglichkeit für einfache Lösungen, für Schuldzuweisungen, für Sündenböcke, für Angstinstrumentalisierungen und damit für die Polemik der

Rechtspopulisten, die eben Juden als ihre Gegner ausmachen oder Flüchtlinge, die als Fremde und Nichtdazugehörige betrachtet werden. Komplexitätsreduktion verfängt leider. Diese autoritären Strukturen mit Entlastungseffekten für den Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen, scheinen immer attraktiver zu werden.

Vom Kreuz in einer scheinbaren Protestwahl ist es deshalb nicht weit zu aggressivem Agieren. Das erleben wir gerade auch mit Hass und Hetze gegen Juden im Netz. Die ersten Jahrzehnte nach Gründung der Bundesrepublik 1949 war der Antisemitismus, die völkische Ideologie, trotz der nicht zu leugnenden Massenverbrechen an der Menschheit, nicht verschwunden, nicht aus den Köpfen weg, der Nationalsozialismus hatte sich zwar vollkommen diskreditiert, aber nicht bei allen früheren Anhängern. Er wurde verdrängt, negiert, ihm im Verborgenen weiter angehangen. Aufarbeitung und juristische Konsequenzen erfolgten unzureichend. Sie waren nicht oben auf der Tagesordnung.

Das ist **ein** Grund für den heutigen sichtbaren, lauthals vertretenen Antisemitismus in der Öffentlichkeit. Es gibt auch 2020 viel zu tun, wie zu Recht der Bundespräsident in seiner Rede in Yad Vaschem versprochen hat. Den von manchen ersehnte Schlussstrich darf und wird es nicht geben.

Wir brauchen im Gegenteil eine intensive Befassung mit den verschiedenen Formen des Antisemitismus, wir brauchen historisch- politische Bildung.

Sie wurde nach meiner Einschätzung zu lange in ihrer großen Bedeutung verkannt. Dabei hat beispielsweise das Münchner Manifest vom Mai 1997 die Bedeutung historisch-politischer Bildung betont. In der Schule, an den Universitäten, in der Fort- und Weiterbildung und in politischen Lernwerkstätten hatte antisemitismuskritische Bildungspädagogik jedoch lange Zeit nicht die Priorität, die sie verdient.

Es wurde zu wenig über die Wertegrundlagen, über Verantwortung und Freiheit und den Zusammenhalt der Gesellschaft gesprochen. Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, der die Würde eines jeden Menschen für unantastbar erklärt, wird von vielen Menschen nicht so verstanden, dass er für jeden gilt - für den Juden, den Muslim, den Nichtdeutschen, den Weißen und Schwarzen, den Steuerhinterzieher und den Flüchtlingshelfer. Dieser oberste Satz im Grundgesetz ist eine tief moralische Aussage und eine Richtschnur für unser Handeln. Es war die Absage an das nationalsozialistische Unrechtsregime, an die rassistische Menschenverachtung.

Und es ist ein Auftrag an alle staatliche Gewalt, die an die Grundrechte gebunden ist – Art.1 Abs. 3 Grundgesetz.

Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Und das bringt ihn immer wieder in das Spannungsfeld von Meinungsfreiheit und strafbarer Volksverhetzung, vom Demonstrationsrecht und Schutz jüdischer Einrichtungen. Polizei und Justiz tun sich manchmal schwer, die Grenzen so zu setzen, dass die Entscheidungen auch nachvollziehbar sind. Das Leugnen des Holocaust muss als strafbare Handlung durchgesetzt werden, rechtsextremistische Vereine aufgelöst werden, das war für Combat 18 dringend geboten. Nach Umfragen setzen mehr als 70% aller Deutschen auf mehr Sicherheit und erwarten, dass der Staat Sicherheit garantiert, Lebensrisiken absichert und Verantwortung übernimmt.

Können wir uns beruhigt zurücklehnen? Ist die Verantwortung der Zivilgesellschaft damit an den Staat delegiert?

Wir wissen, dass das falsch ist. Ein handlungsfähiger Staat ist unverzichtbar und mit dem Gewaltmonopol des Staates muss er seiner Verpflichtung nachkommen. Verletzung von Strafgesetzen muss geahndet werden, deshalb sind sie verabschiedet worden. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben. Aber noch so viele Polizeibeamte, Richter und Staatsanwälte werden Judenfeindschaft vermischt mit israelischer Politikkritik und Rassismus nicht aus den Köpfen bringen. Was in der Gesellschaft an Vorstellungen über Miteinander und Gegnerschaft, über Toleranz und Ablehnung, über Respekt und

Missachtung, über Worte und Gewalt entsteht und besteht, wird nicht von Strafgesetzen geprägt. Antisemitismus und Rassismus können am ehesten mit Bildung, mit frühzeitiger Bildung in allen gesellschaftlichen Bereichen verhindert werden. Die Werte unseres Zusammenlebens müssen auch durch das Vorleben vermittelt werden, viele Persönlichkeiten müssen sich für das respektvolle und friedliche Miteinander aussprechen und Antisemitismus den Resonanzboden nehmen.

Antisemitismus gibt es in allen Teilen unserer Gesellschaft, bei Intellektuellen, im Bildungsbürgertum ebenso wie bei Menschen mit weniger Schulbildung. Eine Zeit lang vermittelte man das Bild, es seien nur einige rechtsextreme Schläger und besoffene Einzeltäter, die auf Juden, Migranten und andere Menschen, die nicht so recht ins einfache Bild passen wollten, losgingen. Es gibt Menschen, die das glauben mögen oder geglaubt haben. Ich selbst habe erlebt, wie unter einer Schicht von Tabus bedeckt antisemitisches Denken eruptierte, als ich 2012 im Rahmen der Beschneidungskontroverse als Bundesjustizministerin den gesetzlichen Rahmen setzen musste. Damals wurde deutlich, dass heutiger Antisemitismus sich oft in ein anderes Gewand kleiden mag. Doch bleiben bestimmte Stereotypen aus uralten Zeiten prägend. Diese konnten sich kanalisieren, radikalieren und zeigen im Internet, in Chatforen ihre hässliche Fratze, Die Extremismusforscherin Julia Ebner, die undercover in unterschiedlichen radikalen

Gruppierungen unterwegs war, deren Innenleben erforscht hat, nennt das in ihrem Buch „Die Radikalisierungsfalle“ den Blick in die Kloake, in den Abgrund des Umgang von Menschen untereinander.

„For the dead and the living we must bear witness“. So steht es auf Ihrem Flyer. Ich halte dies für eine immens wichtige Forderung. Es ist eine moralische Verpflichtung, den Toten eine Stimme und ein Gesicht zu geben. Das hat nicht nur den Hintergrund, dass wir dadurch die jüdische Religiosität ernst nehmen. Wir geben denen, die keine Stimme hatten, die Möglichkeit, zu sprechen und wollen das aus einem bestimmten Grund tun. Wir möchten eben nicht nur Opfer präsentieren, sondern Menschen mit Wünschen, Träumen, Fähigkeiten, die ihres Lebens beraubt wurden, selbst ohnmächtig waren, das zu verhindern und mit nur wenig Unterstützung aus der Gesellschaft, von Nachbarn oder Bekannten rechnen konnten. Das soll einen Lerneffekt nicht aus der Geschichte, sondern für das Handeln in der Gegenwart evozieren. Wenn wir, wie in der Beschneidungskontroverse, die Religionsfreiheit im Blick haben und verteidigen, dann ist das kein Handeln für oder wider eine bestimmte Gruppe. Es ist ein Eintreten für die gesamtgesellschaftliche Grundlage unserer Freiheit und unseres Wohlstands, ein Eintreten für das Grundgesetz.

Historisch-politische Bildung der Gegenwart möchte in diesem Sichtbarmachen von Biografien keine moralische Keule schwingen. Vielmehr wird der Spagat versucht, aus Opfern Individuen zu machen, um damit aufzuzeigen, dass wir etwas für uns, für die Lebenden unternehmen, wenn wir auf die Folgen von Antisemitismus, Faschismus und anderen menschenverachtenden Ideologien hinweisen. Und zum anderen kann mit dem Befassen mit Lebensbiografien eine persönliche Ansprache und empathische Bindung erzeugt werden, die Geschichte anders lebendig macht als durch Statistiken und Zahlenwerke.

Es ist diese Ausrichtung, die seit dem Beutelsbacher Konsens 1976 Überrumpelung nicht als adäquate Methode sieht, sondern darin einen Moment der Indoktrination selbst sieht. Wir dürfen deshalb nicht davon ausgehen, dass es genügt, mit der gesamten Gewalt und mit dem Ausmaß der Shoah dafür Sorge zu tragen, aus Menschen gute Demokratinnen und Demokraten zu machen – so verlockend der Gedanke einer „Impfstube“ sein mag. Wir benötigen die Auseinandersetzung mit den Lebenden und den Toten.

Das Zeugnis der Toten hat, das kann man nicht leugnen, eine moralische Kraft und soll uns an das unvorstellbare Maß an Unmenschlichkeit erinnern, zu dem die menschenverachtende Ideologie des völkischen Nationalismus gepaart mit Rassismus fähig war und wohl auch heute noch an Potenzial in sich birgt.

Gruppenspezifische Ausgrenzung, definierte Minderheiten zu Sündenböcken machen, funktionieren auch heute noch. Eine migrantisch geprägte Gesellschaft birgt Konfliktpotenziale. Die immer wieder in Demonstrationen offen gezeigte Islamophobie belegt das. Doch sind wir schlecht beraten, immer nur ans größtmögliche Übel zu erinnern, weil die moralische Entgrenzung heutige Probleme als nahezu gering erscheinen lässt und zudem die Gefahr des „Whataboutism“, also das Anschneiden immer neuer Themen zu einer Relativierung beiträgt und auch dazu, dass viel zu schnell auch nach dem fürchterlichen Anschlag auf die Synagoge in Halle zur Tagesordnung zurückgekehrt wird. Konsequenz ist leider, dass wir über einen weiteren Anstieg des Antisemitismus sprechen müssen.

Jüngste Umfragen zeigen, in welchem Ausmaß, Vorbehalte, Vorurteile, Ablehnungen in Deutschland gegenüber Juden und Muslime bestehen.

Das „Lernen aus Geschichte“, das viele Bildungskonzepte prägte, und so moralische Abgrenzungen als Ausweg aus der eigenen Verantwortung ermöglichte, hat nicht bewirken können, dass Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz mehr in den Köpfen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben.

Ich möchte mich vor allem auf den Einblick in das Ausmaß antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung beziehen, wie er im Oktober 2019 durch die Studie des World Jewish Congress sichtbar wurde. Diese Umfrage hat vor allem antisemitische, in Teilen antimuslimische und antimigrantische Einstellungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland abgefragt. Hierzu hatte Schoen Consulting im Auftrag des World Jewish Congress 1.000 deutsche Erwachsene über 18 Jahre befragt. 22% der Befragten leben in Nordrhein-Westfalen.

Die Studie bestätigte, wie stark antisemitische Stereotypen, nämlich bei etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung und bei 18% der sogenannten „Eliten“, verbreitet sind und dass diese Stereotypen nicht unbedingt von der Einschätzung von Juden als Gruppe abhängig sind. Allerdings wird deutlich, dass 16% Juden als Gruppe ablehnen. Das ist ein höherer Wert als der für offenen Antisemitismus in der Mitte-Studie und anderen Studien. Dass ein Fünftel noch nie eine Jüdin/einen Juden getroffen hat, bestätigt die These der Antisemitismusforschung, dass es für Antisemitismus keine Juden braucht. Das „Gerücht über die Juden“, wie es Adorno in seiner *Minima moralia* ausgedrückt hatte, ist und bleibt mitentscheidend.

Fehlende Reflexionsräume, mangelnde Selbstreflexion, Schamgefühle und teils fehlende Verbindungen zu den Opfern des NS-Systems tragen dazu bei, dass Holocaustleugnung,

Täter-Opfer-Umkehr und die Aussage, Juden würden Nutzen aus dem Holocaust ziehen, zu verbreiteten antisemitischen Thesen werden. Das wird in der Studie des World Jewish Congress offenbar: 34 % stimmen der Aussage zu, der Holocaust würde von anderen heutigen Ungerechtigkeiten ablenken, 39% der Aussage, die Ideologie Adolf Hitlers sei immer noch präsent und käme in Deutschland vor. Ein Viertel sagt, der Holocaust könnte heute wieder geschehen. Das hätte schon ohne den Anschlag von Halle genügen müssen, selbst letzte Phantasten wachzurütteln. Doch ist es, wie ich immer wieder feststellen muss, noch längst nicht so weit, dass Antisemitismus in seiner gesamtgesellschaftlichen Dimension gesehen wird.

Die Bedeutung historisch-politischer Bildung sehe ich genau an dieser Stelle: Reflexionsräume zu schaffen, um in der eigenen Biografie, mit einem lebensweltlichen Bezug und ohne Moralin antisemitische Stereotypen zu reflektieren. Das sollte dazu führen, das Outgrouping von Jüdinnen und Juden erst gedanklich zu dekonstruieren und schließlich – im Einklang mit unseren Grund- und Menschenrechten – entsprechend zu handeln, nämlich sich für Jüdinnen und Juden einzusetzen. Nicht weil sie einer bestimmten Religion angehören. Sondern weil Menschen diskriminiert werden. Täglich. Mitten in Deutschland. Ohne dass es allzu oft zu großem Widerspruch käme.

Historisch-politische Bildung hat aus meiner Sicht in einem abgestimmten, breiten Zugang die Möglichkeit, für eine proaktive Handlungskompetenz zu werben und in letzter Konsequenz zu einer prodemokratischen Haltung zu befähigen.

Das halte ich für die Fortführung eines aufklärerischen Impulses und die Anerkennung von Freiheitsrechten in Theorie und Praxis. Anerkennung scheint mir für die historisch-politische Bildung ein wichtiger Aspekt zu sein. Denn mit dieser Anerkennung beginnt die eigentliche Reflexion. Da wir hier in einer evangelischen Akademie sind, möchte ich auf den Prozess hinweisen, der in Federführung der Berliner Akademie begonnen wurde und darauf abzielt, antijüdische sowie antisemitische Stereotypen bei der Bildungsarbeit evangelischer Akademien, in der Erwachsenenbildung, Jugendarbeit und im Religionsunterricht zu identifizieren und nach Lösungen für eine Überwindung solcher Stereotypen zu suchen.

Dieser Prozess richtete sich bewusst an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Eine adäquate Vermittlung dieses Themas beginnt mit der Anerkennung persönlicher Einstellungen, aus der heraus systemische Missstände betrachtet und reflektiert werden, um dann an einer Strategie zur Überwindung zu arbeiten.

In diesem Sinn trägt eine richtig verstandene und umgesetzte historisch-kritische Bildung dazu bei, dass Schulen,

Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, letztlich die gesamte Gesellschaft einen wichtigen Anstoß zur Selbstreflexion erhalten.

Ich denke, wir sind gut beraten, die Aufgabe von historisch-politischer Bildung in einen Kanon von Maßnahmen einzubeziehen. Sonst überfrachten wir die Erwartungen und stoßen – unbewusst – junge Menschen tiefer in eine antidemokratische Haltung, weil der entgegengesetzte Weg, der populistische Weg mit einfachen Lösungen aufwarten kann, die für Menschen intuitiv nachvollziehbar sind.

Das liegt daran, dass Xenophobie und Antisemitismus in eine binäre Denkstruktur eingeschrieben sind. Sie beruhen auf lange Zeit gültigen philosophischen Prämissen wie beispielsweise dem „Satz vom zu vermeidenden Widerspruch“. Dieses binäre Denkschema wurde in der Aufklärung mit Kant angegriffen, hat sich aber bis in die Gegenwart halten können. Völkisches Denken und der sogenannte „Ethnopluralismus“ leben von dieser Bipolarität. Entweder man ist Teil eines bestimmten Volkes oder nicht. Es ist keine dritte Möglichkeit vorgesehen. Deshalb hat man es im Gespräch mit populistischen Gegnern so schwer. Genau aus diesem Grund ist die Komplexitätsreduktion für viele Menschen so verführerisch.

Da wir es also mit psychologischen und intellektuellen Vorgängen zu tun haben, die durch Emotionen, Erfahrungen und Erlebnisse verstärkt werden können, muss die Komplexität

des Antisemitismus in seiner Entstehung in der Bildung deutlich werden. Historisch-politische Bildung, insbesondere in Mahn- und Gedenkstätten, kann deshalb keine Immunisierung garantieren, wenngleich das ein beruhigender Gedanke wäre. Doch würden wir gleichfalls einem autoritaristischen Denken aufsitzen, wenn wir glauben würden, eine einmalige „Denkschulung“, ein einmaliger beeindruckender und erschreckender Besuch könne uns die teils schmerzvolle, in jedem Fall anstrengende Auseinandersetzung mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ersparen. Das alljährliche Gedenken an die Befreiung von Auschwitz bekommt mit den Bildporträts der Überlebenden in Ausstellungen, mit der Schilderung ihrer Schicksale und mit dem Befassen der damaligen politischen Bedingungen ein Gesicht. Es berührt und führt zum Nachdenken. Es ist wichtig, diese Gedenktage zum Anlass zu nehmen, über neue Elemente der historisch – politischen Bildung nachzudenken.

Wenn wir historisch-politische Bildung so verstehen, dass es um Empowerment geht, um das Aufzeigen von Denk- und Handlungsoptionen, um Teilhabe und Integration, dann leistet diese Bildung, dann leisten Sie alle einen unglaublich wichtigen Beitrag. Denn das führt im besten Fall zur Anerkennung unserer Demokratie, damit der Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen. Diese Errungenschaft wollen wir uns nicht nehmen lassen. Diese Anerkennung hat nur eine innere Kohärenz,

wenn sie aus und in Freiheit geschieht. Nur dann findet das totalitäre Moment der Aufklärung, wie es Adorno und Horkheimer in der „Dialektik der Aufklärung“ 1944 identifizieren, Berücksichtigung und wird der Freiheit des jeweiligen Menschen anheimgestellt. Die Einsicht in die Bedeutung der Demokratie und der „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ haben dann eine befreiende, im Wortsinn aufklärende Wirkung.

Bitte sehen Sie mir dieses Pathos nach. Doch das ist die Botschaft des jetzt 70 Jahren alten Grundgesetzes, und wie wenig ist sie gegenwärtig. gering war.

Vom Schwarzmalen werden die Gegenwart und erst recht die Zukunft nicht besser. Appelle allein reichen nicht. Es muss Wissen vermittelt werden und zwar durch Selbstbefassung. Projekte, die mit lokalem Bezug das Lebensschicksal von verfolgten jüdischen Familien nachzeichnen, können häufig eine nachhaltigere Wirkung erzeugen als das Nachlesen in Geschichtsbüchern. Auf meiner letzten Veranstaltung diese Woche in Krefeld berichtete ein junger Mann, dass ihn als Schüler das Befassen für ein Referat mit dem Schicksal der Mitglieder der Weissen Rose, mit ihren Texten erst die Dimension von Denkverboten und Denunziation aufgezeigt habe. Er habe da erst verstanden, dass Individualität keinen Wert gegenüber dem völkischen Kollektiv hatte. Es gibt andere Projekte wie die Erarbeitung von Ausstellungen, von Filmen wie

„ Wir Juden aus Breslau“ und von Dokumentationen, die historisch –politische Bildung den Schülerinnen und Schülern erfahrbar machen.

In diesem Jahr möchte ich eine Studie unterstützen, die nach der Wirkung antisemitischer Stereotypen in einem bestimmten Feld der Jugendkultur fragt, um gezielte Maßnahmen für diesen Bereich entwickeln zu können. Dabei geht es um eine Studie zu Suszeptibilitäten von Jugendlichen für Antisemitismus im Gangster Rap, einer wichtigen und bisher was die Wirkungen angeht unerforschte Jugendkultur.

Was denken sich Jugendliche dabei oder vielleicht nicht, wenn sie antisemitische Liedtexte hören. Erst durch diese Wirkungsforschung ist es aus meiner Sicht möglich, die psychische, emotionale und intellektuelle Wirkung antisemitischer Stereotype an einem konkreten Beispiel genauer zu erforschen und danach zu fragen, was wir tun können, um möglichen Empfänglichkeiten zu begegnen. Das wurde auch vom Unabhängigen Expertenkreis gefordert.

Wir sind dann hoffentlich in der Lage, auf der Grundlage von Daten Konzepte zu entwickeln und anzupassen und einen „Mix“ von Zugängen abzustimmen. Historisch-politische Bildung wird einen wichtigen Beitrag leisten, ebenso wie beispielsweise die Begegnung von Menschen und die Kommunikation miteinander.

Historisch-politische Bildung wurde lange Zeit zu sehr als Elitenförderung angesehen und dient in manchen Bildungsinstitutionen mehr als Beschäftigung für ältere Menschen und Senioren.

Das hat vielleicht zur falschen Vorstellung beigetragen, junge Menschen seien nicht besonders politisch oder seien träge. Mittlerweile gibt es andere Formate. Denken wir nur an das vielgeklickte Video von Rezo. Es ist eben keine politische Debatte, in einer großen Schnelligkeit durch politische Programme zu pflügen und diese zu zerpfücken, ohne sich dem Gegenüber zu stellen, ihn zu hören, auf ihn einzugehen. Selbst wenn das bisweilen schwerfällt. Doch genau diese Offenheit fehlt manchmal. Rezo war sie zu anstrengend. Mein Ziel ist es, viele Begegnungen des Austausches und viele Möglichkeiten des Befassens zu fördern.

Folgendes Zitat zeigt ganz gut, worum es uns in der historisch-politischen Bildung und in unserem Zusammenleben gehen sollte. „Wer glaubt, etwas zu sein, hört auf, etwas zu werden.“ Wenn wir glauben, unsere Demokratie ist am Zenit, steht der Absturz in die Niederungen der tatsächlichen Verhältnisse erst noch bevor. Das soll nun keine dunkle Vorsehung sein, sondern scheint mir eine realistische Beschreibung zu sein. Wir müssen für unsere gefährdete Demokratie mehr tun. Historisch-politische Bildung ist genau aus diesem Anspruch entstanden.

Ich möchte mit einem Dank an Sie, meine Damen und Herren, schließen. Denn Sie setzen sich mancher Beschwerden zum Trotz aus Überzeugung für unsere Demokratie ein und möchten mit Ihrer Arbeit etwas bewegen, nicht zuletzt dem Antisemitismus entgegenzutreten.

Deshalb vielen herzlichen Dank! Wenn ich etwas für Sie tun kann, dann kommen Sie auf mein Büro und auf mich zu! Ich habe ein Budget, mit dem ich kleinere Projekte fördern kann und helfe Ihnen gerne weiter, wenn Sie eine Vernetzung wünschen, etwas Neues planen oder einen Rat haben wollen.

Vielen herzlichen Dank für Ihr Wirken und für Ihre Aufmerksamkeit.